

Haushaltsrede des Stadtkämmerers

zur

Einbringung des Doppelhaushaltes 2022/2023

der Stadt Bergkamen am 28.10.2021

Sperrfrist: 28.10.2021 – 18:00 Uhr –

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreter der Presse und Medien,

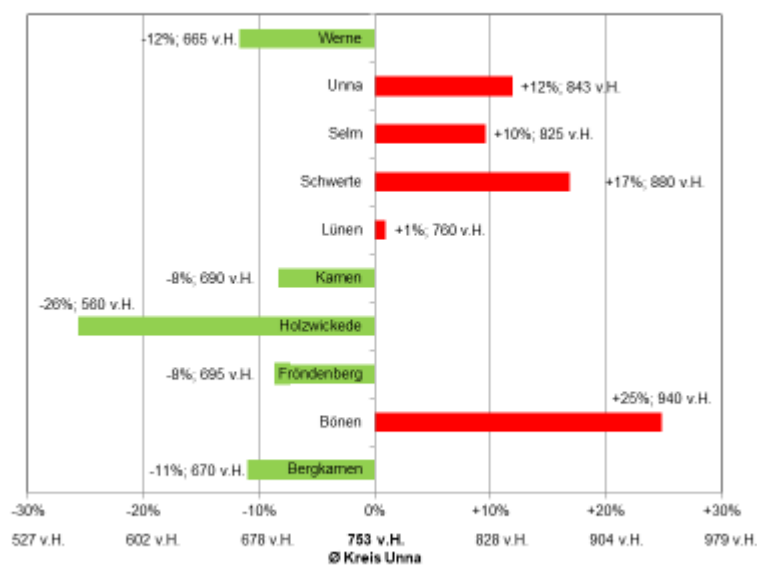
mit dem heute eingebrachten Entwurf des Doppelhaushaltes für die Jahre 2022 und 2023 legen Bürgermeister und Stadtkämmerer Ihnen erneut einen ausgeglichenen Haushalt vor, der somit nicht der Genehmigung der Kommunalaufsicht bedarf und auf Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur durch beachtliche Investitionen ausgerichtet ist.

Die Haushaltsführung und Bewirtschaftung ist seit 2018 stabil, verlässlich, belastet die Bürgerinnen und Bürger nicht und weitet sogar die Serviceleistungen der Verwaltung aus.

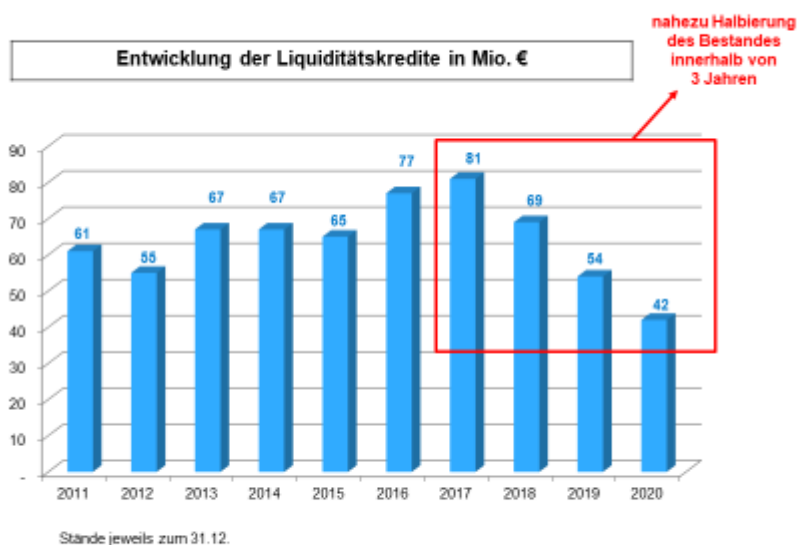
Die demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsträger, also Sie meine Damen und Herren, behalten mit diesem Haushalt die volle Handlungsfähigkeit und Entscheidungskompetenz für die kommenden Jahre – was mich aus demokratietheoretischen Gründen gerade für den ersten Doppelhaushalt nach der Kommunalwahl sehr freut.

Kein Sparzwang durch ein Haushaltssicherungskonzept und **keine Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit** durch die Kommunalaufsicht – Sie allein setzen gemeinsam die Grenzen dieses Haushaltes. Viele aus Sicht der Verwaltung notwendige Zukunftsinvestitionen konnten in diesem Haushalt dargestellt werden, kaum eine wichtige Baumaßnahme oder Planstelle musste durch die Kämmerei abgelehnt werden. Nahezu alle begonnenen oder geplanten Projekte der Stadtentwicklung und des Stadumbaues sind ausfinanziert.

Grundsteuer B - Hebesätze (v.H.) für die Jahre 2020/2021 sowie %-Abweichung zum Ø-Hebesatz im Kreis Unna



Und das schaffen wir - zumindest im Entwurf dieses Haushaltes - ohne Steuererhöhung bei einer **niedrigen Grundsteuer B**. Das Pro-Kopf-Aufkommen ist seit Jahren unter dem Kreisdurchschnitt und sogar unter dem Landesdurchschnitt. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.



20

BERGKAMEN

Auch die kritische Verschuldung durch **Kassenkredite** konnten wir binnen drei Jahren von 81 Mio. € auf 42 Mio. € fast halbieren und haben derzeit einen soliden Liquiditätsüberschuss.

Höhe der Investitionskredite: 35,7 Mio. €

Höhe der Liquiditätskredite: 42,0 Mio. €

Gesamtverschuldung: 77,7 Mio. €

→ Pro-Kopf-Verschuldung 31.12.2020: 1.593 €

zum Vergleich 31.12.2018

Pro-Kopf-Verschuldung Bergkamen: 2.210 €

Pro-Kopf-Verschuldung Kreis Unna: 2.649 €

Pro-Kopf-Verschuldung Land NRW: 2.571 €

14

BERGKAMEN

Daneben wächst die Ausgleichsrücklage auf durchschnittlich 30 Mio. € an. Insgesamt stellt sich auch die Verschuldung in Bergkamen im interkommunalen Vergleich positiv dar. Die **Pro-Kopf-Verschuldung** liegt deutlich unter dem Landes- und Kreisdurchschnitt.

Das sind gute Nachrichten.

Die weniger gute Nachricht ist, dass der Ausgleich im ersten Planjahr nur durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gelingt, da leben wir also kurzzeitig vom Ersparten. Im zweiten Planjahr erwirtschaften wir dagegen wieder einen sehr kleinen Überschuss von 161.647 €. Das entspricht 0,10 % des Haushaltsvolumens oder 1,66 % des Grundsteuer B – Aufkommens.

1. Allgemeine Finanzentwicklung

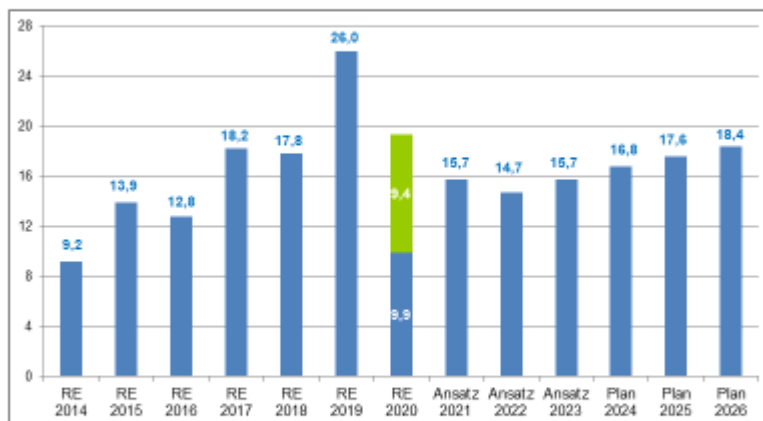
Darstellung des Ergebnisplanes 2022-2026

	2022	2023	2024	2025	2026
Ordentliche Erträge	144.831.895	149.211.007	155.981.000	161.768.000	165.692.000
- Ordentliche Aufwendungen	151.405.961	152.605.365	158.723.000	163.519.000	166.710.000
= Ordentliches Ergebnis	-6.574.066	-3.394.358	-2.742.000	-1.751.000	-1.018.000
+ Finanzerträge	5.356.005	6.106.005	6.167.000	6.229.000	6.291.000
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.050.000	2.550.000	2.576.000	2.602.000	2.628.000
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.268.061	+161.647	+849.000	+1.876.000	+2.645.000
+ Außerordentliche Erträge	2.655.000	0	0	0	0
- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
= Jahresergebnis	-613.061	+161.647	+849.000	+1.876.000	+2.645.000

Es gibt aber noch **Risiken** durch die anstehende **Beratung des Kreishaushaltes**, deren Ausgang sich aufgrund abzeichnender deutlicher Stellenplanausweitungen des Kreises auch negativ auf unseren Haushalt auswirken kann. Auch wenn der Kreiskämmerer konstruktiv und eng an der Seite der Kommunen steht und der neu gewählte Landrat Mario Löhr mit viel Engagement und Herzblut daran arbeitet, die Potentiale des Kreises sichtbar zu machen und zu heben, müssen wir Stadtkämmerer vor Ort immer wieder darauf hinweisen, dass viele Entscheidungen des Kreistages von den kreisangehörigen Kommunen bezahlt werden.

An dieser Stelle appelliere ich daher an die Kreistagsabgeordneten, bei allen Anträgen und Entscheidungen stets zu bedenken, dass es keine singuläre Bürgerschaft des Kreises Unna gibt, sondern die Bürgerinnen und Bürger der Städte und Gemeinden gemeinsam die Last der Entscheidungen des Kreises tragen müssen. Seien Sie daher bitte sparsam mit unserem Geld.

Entwicklung der Gewerbesteuererträge
- Rechnungsergebnisse (RE) in Mio. € -



Im Jahr 2020 konnten Gewerbesteuererträge in Höhe von lediglich 9,9 Mio. € erreicht werden.

Die Stadt Bergkamen hat darüber hinaus corona-bedingte Gewerbesteuerertragsgleichleistungen vom Bund bzw. Land in Höhe von 9,4 Mio. € erhalten.

Die bisherigen Risiken der Haushaltsplanung begleiten uns auch weiter.

Die **Gewerbesteuer** beispielsweise ist bei uns traditionell schwach und unterliegt starken Schwankungen, die wir nicht beeinflussen können.

1. Allgemeine Finanzentwicklung

Darstellung des Ergebnisplanes 2022-2026

	2022	2023	2024	2025	2026
Ordentliche Erträge	144.831.895	149.211.007	155.981.000	161.768.000	165.692.000
- Ordentliche Aufwendungen	151.405.961	152.605.365	158.723.000	163.519.000	166.710.000
= Ordentliches Ergebnis	-6.574.066	-3.394.358	-2.742.000	-1.751.000	-1.018.000
+ Finanzerträge	5.356.005	6.106.005	6.167.000	6.229.000	6.291.000
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.050.000	2.550.000	2.576.000	2.602.000	2.628.000
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.268.061	+161.647	+849.000	+1.876.000	+2.645.000
+ Außerordentliche Erträge	2.655.000	0	0	0	0
- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
= Jahresergebnis	-613.061	+161.647	+849.000	+1.876.000	+2.645.000

Im ersten Planjahr wird also im städtischen Haushalt ein negatives Ergebnis von rd. 613.000 € ausgewiesen, das nach § 75 Absatz 2 der Gemeindeordnung durch Inanspruchnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Damit gilt der Haushalt als **ausgeglichen**. In der mittelfristigen Ergebnisplanung ist ab 2023 bis 2026 jeweils ein positives Jahresergebnis dargestellt, was hoffentlich auch so ähnlich eintreten wird.

Hinter uns und vor uns liegen stürmische und aus Kämmerersicht vor allem wirtschaftlich unberechenbare Zeiten.

Viele Themen könnte man hier vertiefen, ich möchte mich aber auf drei Themenfelder beschränken: Erstens die finanzwirtschaftlichen und konjunkturellen Auswirkungen der Corona-Pandemie, zweitens die Erwartungen an die neue Bundesregierung und schlussendlich die Zukunftsprojekte der Stadt Bergkamen.

I. Die Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei und es gibt auch noch keine **Schlussabrechnung**. In dieser Zeit ist aber so schnell so viel öffentliches Geld bewegt worden wie noch nie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. Wir in Bergkamen hatten ein bisschen Glück, dass wir durch den Zusammenfall des laufenden Doppelhaushaltes mit dem Pandemiejahr 2020 nicht in die Verlegenheit gekommen sind, einen neuen Haushalt bei diesen Planungsunsicherheiten und zahlreichen neuen haushaltsrechtlichen Regelungen des Landes aufzustellen. Seriös wäre das kaum zu machen gewesen. Nun haben Land und Aufsichtsbehörden einen praktikablen modus operandi gefunden. Daher befinde ich mich in der glücklichen Lage, Ihnen heute auf solider Grundlage den neuen Entwurf vorzustellen.

Bislang konnten wir auch die Belastung der **künftigen Generationen** mit den Zahlungsverpflichtungen aus der Pandemie vermeiden. Mein Ziel ist, diese Linie bis 2025 durchzuhalten, wenn die finale Entscheidung darüber ansteht, ob wir die sog. Coronaschäden in einem Jahresabschluss aufarbeiten oder über 50 Jahre abschreiben. Allein diese neu eröffnete Möglichkeit offenbart eine gewisse Hilflosigkeit in der Krise. Mit einem Buchungstrick wird durch Änderungen der Bilanzierungsregeln aus Schulden fingiertes Vermögen und die Lasten werden auf unsere Kinder und Kindeskinde verteilt. Das ist weder gerecht noch nachhaltig. Allerdings war dieser Kniff für die kurzfristige Abarbeitung der Pandemie durchaus geeignet und hat vielen Nachbarkommunen sehr geholfen.

Mit großzügiger Geste hat das Land den Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 Luft verschafft. Die Finanzausgleichsmasse, also der Topf aus dem die Landeszuweisungen an die Kommunen und Kreise verteilt werden, speist sich u.a. aus den Steuererträgen. Diese Summe hat man von 12,6 auf 13,6 Mrd. € erhöht. Diese eine Milliarde ist aber kein echter finanzieller Beitrag des Landes. Das Land gestattet den Kommunen, diese Aufstockung bei sich **selbst zu kreditieren**.

Man verrechnet es also später mit den Landeszuweisungen, wenn die kommunalen Spitzenverbände das nicht zu verhindern wissen. Kurzfristig hilft das zwar, verlagert aber auch ein Problem in die Zukunft.



Was den Kommunen sehr geholfen hat, war der vom künftigen Bundeskanzler initiierte und von der Landesregierung unterstützte **Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle**. Bundesweit sind 11 Mrd. €, je zur Hälfte von Bund und Land getragen, an die Kommunen ausgeschüttet worden. Bergkamen hat davon 9,4 Mio. € erhalten. Dabei hat es mitunter eine scheinbare Überkompensation gegeben. Für die Ausfälle bei den kommunalen Anteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie für die weiteren Belastungen hat es jedoch keinen Ausgleich gegeben. Die Verteilung unter den Bundesländern führte jedoch dazu, dass die ohnehin gewerbesteuerstarken Kommunen im Verhältnis zu ihren Verlusten einen höheren Ausgleich bekamen als gewerbesteuer-schwache Kommunen.

Traurigerweise waren gerade die Länder, die von diesen Zahlungen besonders profitierten, gegen eine bis Ende 2019 noch intensiv diskutierte und greifbar nahe Übernahme der **Altschulden** der durch den Strukturwandel besonders belasteten Städte und Gemeinden durch den Bund und die Länder.

Bei den Altschulden haben Bayern und Baden-Württemberg eine Diskussion über Schuld und Sühne der Ursachen für die Verschuldung geführt.

Dabei gerät gerne in Vergessenheit, dass diese heute sehr starken Länder nach dem zweiten Weltkrieg keine Geberländer sondern Nehmerländer des Finanzausgleichs waren und ohne die Hilfen, auch aus Nordrhein-Westfalen, ihre heutige Stärke nie erreicht hätten.

Damit komme ich zum zweiten Punkt, den Erwartungen an die neue Bundesregierung.

II. Erwartungen an die neue Bundesregierung

Nach der **Frühjahrssteuerschätzung** liegt das gemeindliche Steueraufkommen im laufenden Jahr um 9,4 Mrd. Euro unter den vor der Corona-Pandemie erwarteten Einnahmen. Insgesamt summieren sich die gemeindlichen Steuermindereinnahmen bis zum Jahr 2024 auf 42,2 Mrd. Euro. Der Finanzierungssaldo stürzt nach der aktuellen Prognose der kommunalen Spitzenverbände 2021 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 10 Mrd. Euro ab. In den Folgejahren ist nur eine leichte Saldenverbesserung zu erwarten und diese ist durch ein Zurückfahren der kommunalen Investitionstätigkeit teuer erkaufte. Der Investitionsstau der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland wächst auf 150 Mrd. € an, die wir vor uns herschieben.

Besonders in der Krise darf auch das Ziel **gleichwertiger Lebensverhältnisse** nicht aus den Augen verloren werden. Die Zukunftsaussichten unserer Kinder und Chancengerechtigkeit dürfen nicht davon abhängen, in welcher Region Deutschlands sie leben.



Altschulden:

- Bis 2024 rd. 23-40 Mrd. € Einnahmeausfälle lt. Steuerschätzung durch Corona-Krise
- 20 Mrd. € Kassenkredite in NRW
- 33 Mrd. € Kassenkredite Bundesweit
 - 85 % in NRW, RP, SL
 - 1/3 in 12 Städten
- Durchbruch kurz vor Corona-Pandemie

33

Erfreulicherweise hat es das Thema der **Altschuldenlösung** in das **Sondierungspapier** der neuen Bundesregierung geschafft. Dort ist unter Ziffer 9 zu lesen, dass eine Entlastung der Kommunen von den strukturwandelbedingten Altschulden in gemeinsamer Verantwortung mit den Ländern geprüft wird. Zugegeben, das könnte gerne weniger weich formuliert sein. Entscheidend ist, dass dieses Thema für die Akteure wichtig genug war, um weiter behandelt zu werden.

Die eigentliche Erwartung habe ich bei dem Thema der **Klimafolgenanpassung**. Die letzte Flut und das Starkregenereignis vom 14./15.07.2021 in Nordrhein-Westfalen haben große Schäden verursacht, Menschen getötet und Vermögen vernichtet. Ursache war auch der menschengemachte Klimawandel. Neben Wasser gibt es aber noch viele weitere Gefahren wie Wind, Schnee und Eis, Hitze und Trockenheit, Pandemien, Stromausfälle und Bedrohung der Wasserversorgung, auf die wir uns werden einstellen müssen. Unstreitig ist mittlerweile, dass der menschengemachte Klimawandel wohl nicht mehr wirklich aufgehalten werden kann. Jetzt scheint es nur noch um Schadensbegrenzung auf allen Ebenen gehen. Zu spät sind demnach viele Entscheidungsträger wach geworden.

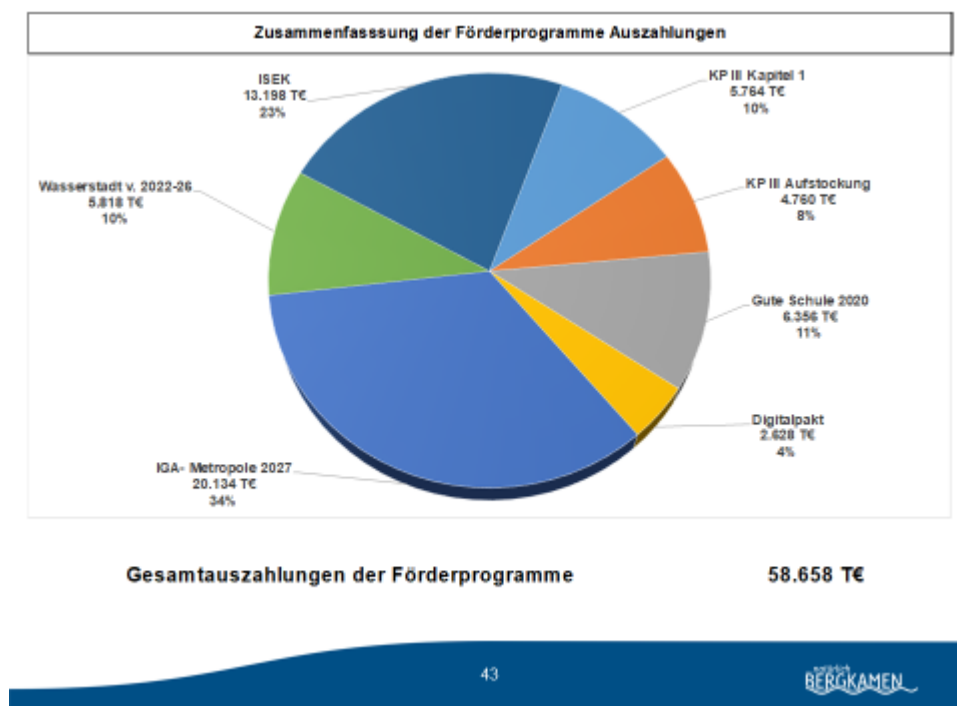
Man gewinnt fast den Eindruck, der Durchschnittsregierungspolitiker sei auf ungesunde Art autoverliebt, nahezu klimafeindlich, nicht gerade digitalaffin und tut sich bemerkenswert schwer damit zu erkennen, dass wir uns alle über Jahrzehnte selbst den Stecker gezogen haben aus dem Durchlauferhitzer von Wohlstand, Konsum, Ressourcenverbrauch und Anspruchsdenken. Scheinbar bedarf es immer einer großen Katastrophe wie Fukushima oder der Flutkatastrophe 2021, um bei der Mehrheit ein echtes Umdenken auszulösen. Leider scheint dieses Umdenken nicht für die traurigen Schicksale der in Elend, Kälte und höchste Not getriebenen Geflüchteten an den EU-Außengrenzen, und sogar innerhalb unserer reichen Werteunion, zu gelten.

Vor Ort tun wir aber, was wir können. Als Stadt mit 50.000 Einwohnern ist der Umbau zu einer **krisenfesten Infrastruktur** in kurzer Zeit, also den nächsten 20 bis 30 Jahren, nicht ohne Hilfe zu schaffen und zu finanzieren. Ohne langfristige echte finanzielle Hilfe von Bund und Land mit klaren Konzepten und Zielvorgaben ist diese Generationenaufgabe nicht zu bewältigen. Die Stadtverwaltung leistet schon lange ihren guten Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit und wird dies noch weiter intensivieren. Die Leitplanken und Konzepte zur Klimafolgenanpassung müssen aber bundeseinheitlich, besser europaweit, kommen und hinsichtlich der Kosten für die Bürgerinnen und Bürger ehrlich kommuniziert werden.

Ein weiteres Problem wird die neue Bundesregierung sofort angehen müssen. In allen Bereichen verzeichnen wir massive **Preissteigerungen und Lieferschwierigkeiten**. Die gerade anlaufende Konjunktur bremst sich selbst aus. Energie, Öl, Baustoffe, Rohstoffe allgemein treiben die Preise und treffen auf ein Marktumfeld mit Negativzinsen für Anleger. So schön sich die Negativzinsen auf den städtischen Haushalt auch auswirken, so gefährlich ist die Preissteigerung bei unseren zahlreichen Bauvorhaben. Neben der finanziellen Verschlechterung bedeutet die aktuelle Hochkonjunktur im Baugewerbe auch eine schmerzhaft verzögerte Bauweise auf den Baustellen. Dringend benötigte Umbauten können nicht zeitnah beauftragt werden, Investitionen in z.B. die Bildungsinfrastruktur dauern unzumutbar lange.

Es ist eine paradoxe und fast unauflösbare Situation entstanden.

Mit immer mehr **Förderprogrammen** wird unfassbar viel Geld auf den Markt gespült, das von der öffentlichen Verwaltung gar nicht so schnell ausgegeben werden kann, weil die Privatwirtschaft volle Auftragsbücher hat. Dabei wächst der bundesweite Sanierungsstau an, anstatt zu sinken.



Allein in Bergkamen haben wir nur in den nächsten fünf Jahren und nur für die ganz großen Programme rund **58 Mio. € in Fördermaßnahmen** eingeplant. Der vorgelegte Haushalt besitzt die **Finanzkraft, um rund 120 Mio. €** in den nächsten fünf Jahren in die städtische Zukunft zu investieren. Kaum zu schaffen, selbst unter optimalen Bedingungen. Versuchen werden wir es trotzdem.

Wir Kommunen fordern durch unsere Spitzenverbände ein Ende der zahlreiche Einzelförderprogramme und brauchen stattdessen eine langfristige Verbesserung der Finanzausstattung. Man braucht einfache Kopfpauschalen auf Vertrauensbasis statt komplizierter Förderbedingungen mit komplexen Verschärfungen im Zuwendungs- und Vergaberecht.

Mit der Bürokratie haben es die Europäische Union, Bund und Land in den letzten zwei Jahrzehnten etwas übertrieben, das können wir als Verwaltung eigentlich besser. Große Aufgaben warten auf diese Koalition und auch die Opposition, letztere wird über den Bundesrat ebenfalls gebraucht, wenn die Länder betroffen sind.

III. **Zukunftsprojekte der Stadt Bergkamen**

Abschließend ein Blick auf die Stadtverwaltung Bergkamen und unsere Projekte.

Herrschaft im Alltag ist primär: Verwaltung

sagte Max Weber – Jurist, Nationalökonom und Kulturwissenschaftler, 1922.

Das haben wir alle in der Hochphase der Corona-Pandemie erlebt. Als es darum ging, schnell und zuverlässig die Bevölkerung vor den Gefahren durch ein damals noch weitestgehend unbekanntes Virus zu schützen, hat **die öffentliche Verwaltung** in Deutschland und Bergkamen gezeigt, was sie kann. Zahlreiche Mitarbeiter der Verwaltung übernahmen neue Aufgaben, im Krisenstab tagten wir jeden Samstag früh und der Schutz von Gesundheit und Leben von Bürgerinnen und Bürgern sowie die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unter allen Umständen hatten oberste Priorität. Und es hat funktioniert. Die Stadtverwaltung ging in den aufreibenden Zweischichtbetrieb, erschloss sich das bis dahin unbekannte und dornige Land der mobilen Arbeit und stellte beruhigt und erfreut fest, dass jeder da war, wenn man ihn brauchte. Das **Vertrauen in die Belegschaft und den Öffentlichen Dienst** war und ist mehr als gerechtfertigt!

Unsere Hygienekonzepte hatten Augenmaß und funktionierten. Zu jeder Zeit waren alle Einheiten der Verwaltung handlungsfähig und jede wirklich erforderliche Leistung wurde erbracht. Daher möchte ich an dieser Stelle, auch im Namen des gesamten Verwaltungsvorstandes, allen Kolleginnen und Kollegen meinen Respekt und Dank für diesen besonderen Einsatz aussprechen. Auch Ihnen, meine Damen und Herren des Rates, möchte ich für das uns entgegen gebrachte Vertrauen und den Rückhalt in dieser Zeit danken.

Der **Umbau der Verwaltung** von der analogen Arbeit hin zu einem modernen, digitalen Dienstleistungsbetrieb mit erweiterten Serviceangeboten für unsere Bürgerinnen und Bürger ist sichtbar geworden und wurde durch die Pandemie beschleunigt. Beispielhaft darf ich den Umzug des Kulturreferates in das Stadtfenster mit barrierefreien Zugängen und Parkplätzen sowie offenen, transparenten Büros nennen. Jeder Bürger kann und soll sehen, wie wir arbeiten. Und das Arbeiten wird immer digitaler. Im kommenden Jahr soll das **Bürgerbüro mit Standesamt** folgen und seine neuen Räume nach zeitgemäßen Standards im selben Gebäude beziehen. Was bleibt ist die Verpflichtung, das **Rathaus** unter energetischen, arbeitsmedizinischen und digitalen Aspekten zu modernisieren und teilweise zu erweitern. Für das große Projekt der **Digitalisierung** und des IT-Ausbaus muss meiner Ansicht nach immer Geld da sein, sonst sind wir in einigen Jahren als Verwaltung handlungsunfähig.

Neben stabilen Steuern und soliden Gebühren ist dieser Haushalt einmal mehr ein **moderner Investitionshaushalt**. Zusätzlich erweitern wir die Ausbildungskapazitäten und legen, mit Genehmigung der Politik, einen Schwerpunkt auf die Sauberkeit unserer Stadt.

Im **Vorbericht zum Doppelhaushalt** haben wir einen **neuen projektorientierten Ansatz** gewählt und erstmals alle wesentlichen **Baumaßnahmen aus Förderprogrammen zu Projekten zusammengefasst**. Damit wird der Haushalt transparenter, leichter lesbar und die Politik kann besser steuern und nachvollziehen, woran gerade gearbeitet wird. Mit der konzentrierten Darstellung der großen Förderprogramme des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, Gute Schule 2020, Digitalpakt Schule, Umbau Stadtmuseum, IGA-Metropole 2027, Wasserstadt Aden und dem ISEK, der integrierten Stadtentwicklung, bieten wir einen strukturierten Überblick über Projekte, die Stadtquartiere und Gestaltung der Stadt Bergkamen nachhaltig verbessern werden. Diese Fördermaßnahmen leisten ihren Beitrag, den Strukturwandel weiter zu bewältigen und bieten der Stadt zukünftig bessere Entwicklungs- und Aufstiegschancen.



27

Zum Schluss darf ich mich bei Bürgermeister Bernd Schäfer, den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, aber auch bei der gesamten Verwaltung für die Mitarbeit an der Aufstellung dieses Doppelhaushaltes bedanken.

Arbeit geht immer dahin, wo sie gemacht wird.

Ab heute geht die Arbeit am Doppelhaushalt zu Ihnen, in die Fraktionen, wobei ich Ihnen viel Erfolg und Freude wünsche und Ihnen mit meinen Mitarbeitern zum Wohle der Stadt Bergkamen mit Rat und Tat zur Seite stehe.

Herzlichen Dank und Glück Auf!

Marc Alexander Ulrich
Beigeordneter und Stadtkämmerer